iv POSITIONEN

DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE
DEZEMBER 2025

DÜSTERE STIMMUNG UND EINIGE LICHTBLICKE

FÜR DIE INDUSTRIE WAR 2025 EIN DURCHWACHSENES JAHR

ENERGIE AUS SÜDAFRIKA

Südafrika sieht in Österreichs Industrie wichtigen Partner

Seite 2

WIEN

Vollversammlung: Die Industrie und der „religiöse Wahn“

Seite 10

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

KLIMAKONFERENZ

EU bleibt (einsamer) Klima-Vorreiter

Seite 4

„Südafrika kann Europa bei der Diversifizierung seiner sauberen Energiequellen helfen“

Samantha Graham-Maré ist seit Juni 2024 stellvertretende Energieministerin Südafrikas. Sie war im Haus der Industrie zu Gast und spricht im Interview über Südafrikas ambitionierte Pläne in der erneuerbaren Energieproduktion und den dafür benötigten Netzausbau. Für Graham-Maré sind österreichische Industrieunternehmen aufgrund ihres hoch entwickelten Fachwissens ideale Partner in diesen Fragen.

Angesichts des steigenden Bedarfs an Energie aller Art seitens der Industrie und der Haushalte: Welche Ziele verfolgt die südafrikanische Regierung in den kommenden Jahren in diesem Bereich?
Samantha Graham-Maré: Der Hauptfokus in den nächsten fünf Jahren wird darauf liegen, ein Energiesystem zu schaffen, das gut reguliert, investitionsfreundlich und in der Lage ist, inklusives Wirtschaftswachstum und Industrialisierung zu unterstützen.

Die südafrikanische Regierung hat die dringende Notwendigkeit einer verlässlichen und nachhaltigen Energieversorgung erkannt und die Strukturreformen im Stromsektor beschleunigt. Die Novelle des Stromregulierungsgesetzes von 2024 stellte einen entscheidenden Moment bei der Liberalisierung des Strommarkts dar, indem sie eine stärkere Beteiligung des Privatsektors an der Stromerzeugung und -übertragung ermöglicht.

Die stark steigende weltweite Nachfrage nach Komponenten für erneuerbare Energien und nach kritischen Mineralien bietet Südafrika zudem eine strategische Chance, sich als wichtiger Anbieter in der Wertschöpfungskette für saubere Energie neu zu positionieren.

Was sehen Sie derzeit als die größten Herausforderungen bei Südafrikas Energiewende – und wie will die Regierung diese bewältigen?
Die unzureichende Netzinfrastruktur für die Übertragung bleibt eines der wesentlichsten Hindernisse für die südafrikanische Energiewende. Der Entwicklungsplan für das Übertragungsnetz von Eskom schätzt, dass 390 Milliarden Rand erforderlich sind, um das Netz um 14.200 Kilometer zu erweitern und so die Anbindung von mindestens 53 Gigawatt an neuen erneuerbaren Kapazitäten zu ermöglichen. Die wachsende Energienachfrage ist ebenfalls eine der zentralen Herausforderungen Südafrikas: Vor 25 Jahren waren fast 65 Prozent der Haushalte an das Stromnetz angeschlossen, während es im Jahr 2024 fast 89 Prozent sind.

Hat Südafrika spezifische Ziele, die mit jenen der Europäischen Union vergleichbar sind, zum Beispiel beim Anteil erneuerbarer Energien, bei der Ausbaugeschwindigkeit oder bei der Dekarbonisierung?
Ja, Südafrikas Ziele für erneuerbare Energien und Dekarbonisierung sind durchaus mit jenen der EU vergleichbar, auch wenn sie auf den einzigartigen wirtschaftlichen und energetischen Kontext des Landes zugeschnitten sind. Der südafrikanische Integrierte Ressourcenplan (IRP) sieht bis 2030 vor, über 40 Prozent der Stromerzeugung aus Erneuerbaren zu beziehen – darunter 14,4 Gigawatt aus Wind und sechs Gigawatt aus Solar –, während der Kohleanteil auf unter 45 Prozent sinken soll. Diese Ziele sind zwar ehrgeizig, doch es gibt weiterhin Herausforderungen bei der Umsetzung. Das Land kämpft mit einer veralteten Netzinfrastruktur, finanziellen Engpässen und der Notwendigkeit erheblicher Investitionen in den Ausbau der Übertragungsnetze. Tausende Kilometer neuer Leitungen müssen gebaut und Investitionen in Milliardenhöhe mobilisiert werden. Die Partnerschaft mit erfahrenen internationalen Unternehmen – einschließlich österreichischer Firmen – wird entscheidend sein.

IV-Vizepräsidentin Patricia Neumann empfing Samantha Graham-Maré.

Samantha Graham-Maré war im Haus der Industrie für einen Austausch mit heimischen Industrievertretern zu Gast.

Welche Möglichkeiten sehen Sie für eine vertiefte Energiekooperation zwischen Südafrika, Österreich und der Europäischen Union, insbesondere in Bereichen wie erneuerbare Energien, Wasserstoff oder technologischer Austausch?
Einer der spannendsten Bereiche ist grüner Wasserstoff. Südafrika verfügt über ein enormes Solar- und Windenergiepotenzial. Wenn dieses effektiv genutzt wird, kann es sowohl den heimischen Energiebedarf decken als auch Überschüsse für die Produktion von grünem Wasserstoff schaffen – ein Bereich, der für die EU bei ihrer Energiewende von zentralem Interesse ist. Gemeinsame Forschungsinitiativen, Programme zur Fachkräfteentwicklung und Investitionen in die Infrastruktur könnten Südafrikas Energiewende beschleunigen und gleichzeitig Europa bei der Diversifizierung seiner sauberen Energiequellen helfen. Österreich mit seinem Fachwissen bei hoch entwickelten Industrieprozessen und Unternehmen wie Siemens Energy ist auf diesem Weg der ideale Partner für uns.

Südafrika ist offen für Investitionen. Wir gestalten unseren Energiesektor um – wir bauen die erneuerbaren Energien in großem Stil aus und eine grüne Wasserstoffwirtschaft auf. Wir schaffen die Infrastruktur, um all das zu vernetzen. Für österreichische Unternehmen ist dies eine klare Botschaft: Südafrika ist nicht nur ein reiner Absatzmarkt; es ist eine Plattform für gemeinsame Produktion, Joint Ventures und Innovationen, die sowohl unserem eigenen Bedarf als auch den breiteren afrikanischen und globalen Märkten dient.

Südafrika ist der wichtigste Markt für österreichische Unternehmen auf dem afrikanischen Kontinent – rund 30 Prozent der gesamten österreichischen Exporte nach Afrika gehen nach Südafrika. In welchen Bereichen sehen Sie weiteres Potenzial, die Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen und zu stärken?
Energie ist zwar das Rückgrat unserer Wirtschaft, doch die Chancen im Infrastrukturbereich gehen weit über den Energiesektor hinaus. Über Energie und Industrie hinaus gibt es auch großes Potenzial, die Zusammenarbeit im entscheidenden Bereich der Berufsausbildung auszubauen. Eine stärkere Partnerschaft im Bildungs- und Qualifizierungsbereich, insbesondere in der beruflichen Aus- und Weiterbildung (TVET), kann die Entwicklung der südafrikanischen Arbeitskräfte unterstützen und gleichzeitig eine langfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit fördern. Diese Bereiche versprechen nicht nur wirtschaftlichen Nutzen, sondern tragen auch zu einer inklusiven Entwicklung und zum Innovationsaustausch zwischen den beiden Ländern bei. Ermöglicht wird dies durch die kürzlich erfolgte Unterzeichnung einer Absichtserklärung (MoU) zwischen Südafrika und Österreich über die Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung durch arbeitsplatzbasiertes Lernen, die während des Staatsbesuchs des österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen von 4. bis 7. Juli 2025 in Südafrika stattfand.

Fotos: IV/Matanovic

Das „gute Land“ muss raus aus der Staatswirtschafts-Falle

Das System „Staat“ wuchert in Österreich ungebremst – das schwächt Unternehmertum, Wettbewerb, Innovationskraft, Investitionen und damit Wohlstand und Zukunft.

Es ist leider kein gutes Gefühl, mit dem wir dieses Jahr abschließen werden. In der Industrie hat sich die Stimmung zuletzt wieder etwas eingetrübt (siehe Coverstory, Seiten 6–7), die Konfliktherde und Kriege in und um Europa schwelen nach wie vor und auch die Weltmärkte bleiben gekennzeichnet von Bruchlinien und Vertrauensverlusten. Gerade wenn es lange schwierig ist, darf man aber Mut und Zuversicht nicht verlieren. „Es ist ein gutes Land“, sagt der mittelalterliche Chronist Ottokar von Horneck in Grillparzers „König Ottokars Glück und Ende“ über Österreich. Wir haben es noch (!) in der Hand, die Gültigkeit dieses Zitats auch für die nächsten Generationen zu bewahren: Österreich ist ein Land der Erfinder mit einer noch flexiblen Wirtschaftsstruktur, deren starke industrielle Basis anpassungsfähig auf strukturelle Umbrüche reagiert.

Dafür braucht es aber auch das richtige Umfeld, und es ist jetzt der womöglich letzte Moment, die Weichen so zu stellen, dass Erfindern, Anpackern und Gestaltern in Österreich zumindest das Gefühl gegeben wird, hier gewollt zu sein. Denn es läuft aktuell in die entgegengesetzte Richtung: Das Land entwickelt sich immer mehr zur verwaltenden und konsumierenden Staatswirtschaft, die private Marktwirtschaft – der klassische Wohlstandsbringer – gerät zur Minderheit. Mehr als die Hälfte der gesamten Wirtschaftsleistung geben wir für Verwaltung, staatliche Investitionen und Sozialleistungen aus. Ein effizienter Sozialstaat, der sich an jenen orientiert, die ihn wirklich brauchen, ist wichtig, doch er muss nachhaltig finanzierbar bleiben.

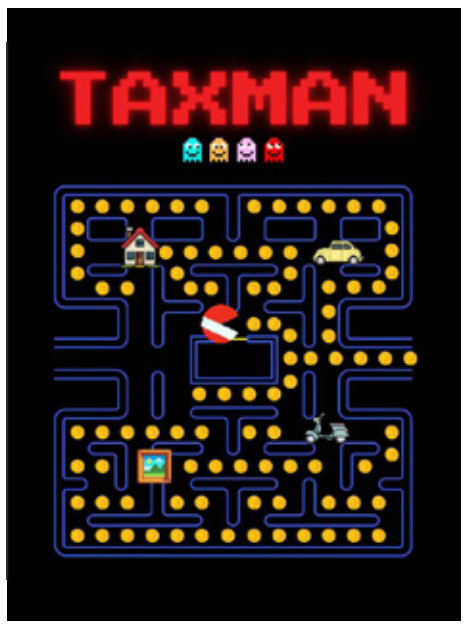
Diese alarmierende Entwicklung findet auch am Arbeitsmarkt statt: Allein zwischen 2023 und 2025 (Vergleich 2. Quartal) gingen in Industrie, Gewerbe und Bau 36.580 Arbeitsplätze verloren. Im selben Zeitraum stieg die Beschäftigung im öffentlichen Bereich um 51.040 Personen – also in Verwaltung, Bildung, Gesundheit und Sozialwesen. Viele dieser Jobs werden Berechtigung haben, doch es kommt auf die Gewichtung an. Wenn immer mehr Jobs vom Staat bezahlt werden, also aus dem Budget statt aus originärer direkter Wertschöpfung, wird das Land langfristig ärmer. Die alte Weisheit gilt immer noch: Verteilt werden kann nur, was vorher verdient wurde.

Völlig kontraproduktiv ist in diesem Zusammenhang, immer wieder neue Steuern einzufordern. Dies angesichts steuerlicher Rekordeinnahmen zu tun grenzt an Chuzpe. Die öffentliche Hand ist endlich gefordert, ihre Haushalte, Strukturen und Ausgaben in den Griff zu bekommen, ohne permanent den Menschen und Unternehmen in die Tasche greifen zu wollen. Die Staatsausgabenquote liegt bei 56,3 Prozent – und damit 7,1 Prozentpunkte oberhalb des EU-27-Durchschnitts.

Entscheidend bleiben die strukturellen Veränderungen, die Wachstum in Österreich im privaten Sektor wieder möglich machen – dies ist und bleibt die Hauptaufgabe der Politik im kommenden Jahr! Andernfalls werden wir uns von dem gewohnten Modell des österreichischen Wohlfahrtsstaats verabschieden müssen. Ein weiteres Aufblähen des Staatssektors beschleunigt diese fatale Entwicklung nur …

Ihr

Christoph Neumayer
(IV-Generalsekretär)

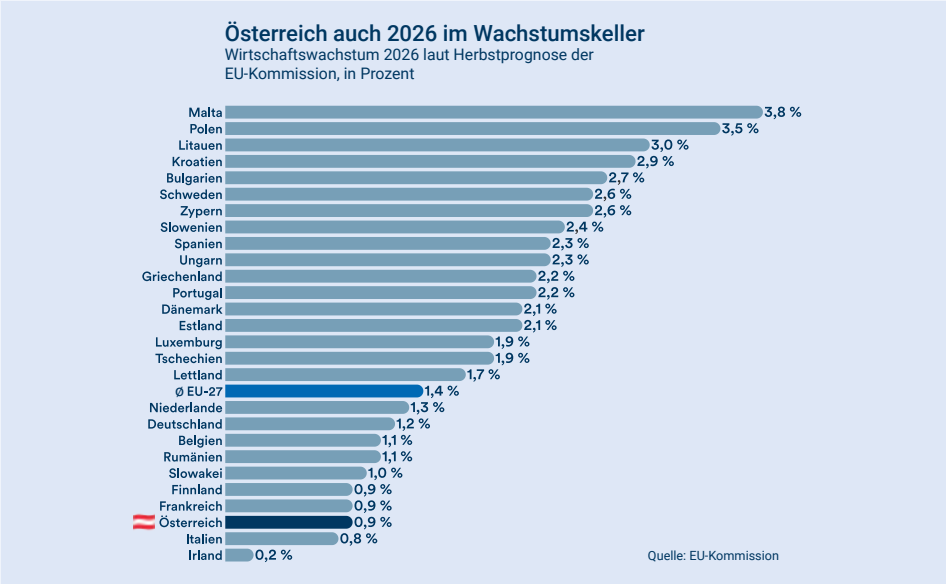


Für die Industrie ist klar: Der TAXMAN darf nicht länger das Symbol einer Staatswirtschaft sein, die unseren Wohlstand auffrisst. Wir brauchen die richtige Balance zwischen öffentlicher Verantwortung und privater Freiheit.

MEHR UNTER:
taxman.iv.at

Grafik des Monats

Die Europäische Kommission prognostiziert für Österreich weiterhin ein sehr verhaltenes Wirtschaftswachstum: für das laufende Jahr nur 0,3 Prozent, für 2026 lediglich 0,9 Prozent und für 2027 1,2 Prozent. Damit liegt die heimische Wirtschaft deutlich unter dem EU-27-Schnitt und belegt 2026 den drittletzten Platz in der Union – nur Italien und Irland werden voraussichtlich noch schwächer wachsen. Das Budgetdefizit bleibt derweil hoch: 2025 soll es bei 4,4 Prozent des BIP liegen, 2026 bei 4,1 Prozent, bevor es 2027 wieder auf 4,3 Prozent ansteigt. Die Inflation soll sich 2026 auf 2,4 Prozent abschwächen, liegt damit aber weiterhin spürbar über dem Eurozonen-Schnitt von 1,9 Prozent.



Zahl des Monats

94 %

des österreichischen Inlandsstromverbrauchs wurden 2024 laut E-Control durch erneuerbaren Strom gedeckt – ein neuer Rekordwert. Die Stromerzeugung aus Wasserkraft legte gegenüber 2023 um 10,9 Prozent zu, jene aus Windkraft um 15,2 Prozent und jene aus Photovoltaik verzeichnete mit 47,4 Prozent den stärksten Zuwachs. Insgesamt wurde 2024 eine Bruttostromerzeugung von 70.861 GWh erreicht.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister-Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen; industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Sarah D’Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: „iv-positionen“ erscheint 8 × jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück,
Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV, Günther Peroutka, Point of View GmbH, Mein Bezirk, Helge Bauer, IV NÖ/ Andi Bruckner, NLK Pfeiffer, schoberarts,
IV-Salzburg / Kolarik, IV Tirol / Schreier, FHV, Alexander Müller, Benedikt Loebell

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.

Foto: IV

Sicherheit als Wirtschaftsfaktor und Innovationsmotor

Erste Ergebnisse der IV-Taskforce „Security & Defence Industry“: Österreich braucht klare Rahmenbedingungen, Investitionen und europäische Kooperationen für eine resiliente Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

Die Industriellenvereinigung (IV) hat im Oktober die Ergebnisse ihrer Taskforce „Security & Defence Industry“ vorgestellt. Ziel der Initiative ist es, die Rahmenbedingungen für industrielle Kooperationen im Sicherheits- und Verteidigungsbereich zu verbessern und Österreich als starken Standort im europäischen Sicherheitsökosystem zu positionieren.

Sicherheit und Wirtschaft untrennbar verbunden

„Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat uns auf schmerzliche Weise gezeigt, wie verletzlich Frieden, Stabilität und Unabhängigkeit sind. Aber er hat auch etwas anderes gezeigt: Wer Sicherheit will, braucht Industrie. Und wer wirtschaftliche Stärke will, braucht Sicherheit“, betonte IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren.

Unter dem Vorsitz von Erwin Hameseder, Generalanwalt des Österreichischen Raiffeisenverbands, und Wolfgang Hesoun, Vorsitzender des IV-Infrastrukturausschusses, haben sich in der IV-Taskforce über 65 Unternehmen eingebracht – von Industrie und Energie über Finanzwirtschaft bis hin zu Forschung und Technologie.

V. l. n. r: Peter Koren, Erwin Hameseder und Wolfgang Hesoun.

Laut einer Studie von Economica erzielt die österreichische Sicherheitswirtschaft jährlich 2,8 Milliarden Euro Wertschöpfung. Österreich plant bis 2032 eine Verdoppelung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des BIP. Damit diese Chancen genutzt werden können, braucht es Rechtssicherheit, Effizienz und Finanzierung.

Zehn konkrete Aktionspunkte als Fahrplan

Das Aktionspapier der Taskforce „Security & Defence Industry“ bündelt zehn konkrete Maßnahmen, um Österreichs Sicherheitswirtschaft zu stärken, darunter:

- Aufbau einer nationalen Verteidigungsindustriebasis,
- klare rechtliche Grundlagen für Industriekooperationen,
- vereinfachte und beschleunigte Genehmigungsverfahren,
- Rechtssicherheit im Neutralitätsrecht,
- ESG-kompatible Finanzierungsmodelle
- sowie eine stärkere europäische Kooperation über gemeinsame Beschaffungen und Förderprogramme.

ZUM AKTIONSPAPIER

Aktuelles in Kürze

EU bleibt weiterhin (einsamer) Klima-Vorreiter

Die EU bleibt weiterhin stramm auf Klimakurs. Im Rat der EU-Umweltminister vom 4. und 5. November wurde der bereits seit über einem Jahr vorliegende Vorschlag der EU-Kommission für ein neues Klimaziel weitgehend akzeptiert. Demnach wird ein Zwischenziel für das Jahr 2040 formuliert, wonach 90 Prozent der Gesamtemissionen der EU gegenüber dem Basisjahr 1990 eingespart werden müssen. Unmittelbar darauf hat auch das EU-Parlament diesem Ziel zugestimmt, um als Vorreiter bei der internationalen Klimakonferenz in Brasilien ein neues ambitioniertes Ziel vorlegen zu können.

Zwei Elemente des EU-Beschlusses verdienen eine nähere Betrachtung, da sie sich aus einer Standortperspektive tatsächlich als hilfreich erweisen können:

Zunächst umfasst der jüngste Beschluss zum EU-Klimaziel 2040 die Möglichkeit, dass bis zu fünf Prozentpunkte des Ziels über eine Flexibilität erreicht werden, die es erlaubt, Klimamaßnahmen in anderen Weltteilen auf das europäische Klimaziel anzurechnen. Dies ist insofern vernünftig, als die Einsparung einer Tonne CO_2 in vielen Teilen der Welt deutlich günstiger ist als in der EU. Gleichzeitig bieten solche Instrumente aufgrund der finanziellen Mittel, die für Klimamaßnahmen in andere Länder fließen, die Möglichkeit, solche Staaten an die Klimapolitik der EU zu binden, womit dem Klimaschutz zusätzlich geholfen ist.

Das zweite Element im Rahmen der Einigung zum EU-Klimaziel 2040, das Beachtung verdient, ist ein Erwägungsgrund zum EU-Emissionshandel. Dieser wurde auf Drängen von IV und WKÖ von Österreich eingebracht und letztlich von BM Totschnig durchgesetzt. In diesem Erwägungsgrund wird die EU-Kommission aufgefordert, einen Vorschlag vorzulegen, um die Reduktion von Gratiszertifikaten für Unternehmen im EU-Emissionshandel ab 2028 zu verringern. Damit ist die Tür einen Spalt weit geöffnet, um die drohende Kostenlawine für ETS-Unternehmen durch Streichung der Gratiszertifikate zumindest zu verringern. In weiterer Folge wird es darum gehen müssen, diese Tür weiter zu öffnen und tatsächlich eine Änderung der ETS-Richtlinie in diesem Punkt zu erreichen.

EPILOG:

Die Klimakonferenz in Brasilien ist mittlerweile Geschichte. Die Kommentatoren sind sich einig, dass lediglich ein Minimalkompromiss erreicht werden konnte. Die EU mit ihrem gerade noch sechsprozentigen Anteil an den globalen Emissionen hat sich mit ihren ambitionierten Positionen zur globalen Klimapolitik nicht durchgesetzt. Wieder einmal ist die Welt nicht der Position Europas gefolgt – trotz ehrgeizigen Vorreitertums.

Expertinnenmeinung von JUDITH OBERMAYR-SCHREIBER

Strompreiskompensation: Einstimmigkeit bei IV-Kernforderung

Beim Instrument der Strompreiskompensation handelt es sich nicht um einen Bonus für die Industrie, wie fälschlicherweise kolportiert, sondern um die Kompensation indirekter Kosten aus dem Emissionshandel.

Judith Obermayr-Schreiber, Expertin im IV-Bereich Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen, Energie.

Mit der einstimmigen (!) Beschlussfassung des „Standortabsicherungsgesetzes 2025“, vormals Stromkosten-Ausgleichsgesetz 2022, wurde im Nationalrat am 15. Oktober eine Kernforderung der Industriellenvereinigung – wenn auch in abgeschwächter Form – umgesetzt. Beim Instrument der Strompreiskompensation handelt es sich nicht um einen Bonus für die Industrie, wie fälschlicherweise kolportiert, sondern um die Kompensation indirekter Kosten aus dem Emissionshandel: Kompensiert wird ein Teil jener (politischen, zusätzlichen) Kosten, die Elektrizitätsunternehmen für den Ankauf von Zertifikaten aus dem Emissionshandel an die Industrie über die Strompreise weitergeben. Für die Kalenderjahre 2025 und 2026 stehen strom- und handelsintensiven Industrieunternehmen nunmehr je 75 Mio. Euro p. a. zur Verfügung. Die ursprünglich geplante doppelte Deckelung der Fördermittel mit maximal 25 Prozent der Vorjahreserlöse aus dem Emissionshandel konnte abgewehrt werden. Gerade für energieintensive Unternehmen im globalen Wettbewerb sind konkurrenzfähige Energiekosten ein existenzieller Standortfaktor. Mit der (Wieder-)Einführung der Strompreiskompensation werden aber auch bestehende Wettbewerbsverzerrungen innerhalb des Binnenmarkts abgeschwächt, zumal ein Großteil der Mitgliedstaaten bereits seit Jahren vom Instrument der Strompreiskompensation Gebrauch macht. Kritisch sieht die IV das stark reduzierte Fördervolumen, die enge Befristung auf zwei Jahre sowie zusätzliche Reinvestitionsverpflichtungen. Rasch sollten nun die entsprechenden Förderrichtlinien finalisiert und notifiziert werden. Auf europäischer Ebene gilt es zudem, die Sektorenerweiterung gezielt voranzutreiben.

Fotos: IV

„Europäische Technologien zu stärken schafft neue Märkte“

Staatssekretär Alexander Pröll bringt Österreich in der europäischen Diskussion zur digitalen Souveränität aktiv ein – im Interview erklärt er, was dabei besonders relevant ist und wie die konkreten Handlungsfelder aussehen.

Die digitale Souveränität umfasst zahlreiche Dimensionen, von Infrastruktur über Daten bis hin zu Kompetenzen. Was genau verstehen Sie unter digitaler Souveränität und welche Aspekte sind besonders relevant?

Alexander Pröll: Digitale Souveränität bedeutet für mich kein Streben nach Autarkie; es ist die Fähigkeit Europas, digital selbstbestimmt zu handeln. Die Vergangenheit hat uns unsere Abhängigkeiten schmerzlich vor Augen geführt, Stichworte russisches Gas und Sicherheit. Es geht darum, dass Staaten, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger im digitalen Raum Entscheidungen in puncto Digitalisierung frei treffen können – zwischen europäischen Lösungen und vertrauenswürdigen globalen Partnern.

Besonders relevant sind dabei drei Dimensionen: erstens sichere und resiliente digitale Infrastrukturen, etwa Cloud und KI, zweitens der verantwortungsvolle Umgang mit Daten, um kritische Informationen unter europäischer Kontrolle zu behalten, und drittens digitale Kompetenzen, damit Menschen und Verwaltung Technologien souverän nutzen können. Am Ende geht es darum, unsere Unternehmen, die Demokratie und europäische Werte zu schützen – gerade in Zeiten geopolitischer Unsicherheiten.

Alexander Pröll ist Staatssekretär für Digitalisierung, Verfassung, öffentlichen Dienst, Koordinierung und Kampf gegen Antisemitismus.

Kürzlich wurde bei einem europäischen Gipfeltreffen in Berlin eine Deklaration zur europäischen digitalen Souveränität unterzeichnet. Welche Ziele sollen damit verfolgt werden und welche konkreten Handlungsfelder sehen Sie, um die digitale Souveränität zu stärken?

Digitale Souveränität ist Sicherheitspolitik, Innovationspolitik und Demokratiepolitik zugleich. Berlin war für uns ein großer Erfolg, da die Deklaration auf einer österreichischen Initiative basiert. Alle 27 Mitgliedsstaaten haben die Wichtigkeit verstanden und die Deklaration wurde verabschiedet. Jetzt haben wir erstmals ein gemeinsames europäisches Ziel sowie den Weg dorthin definiert. Die Erklärung stärkt den politischen Willen, in Europa gemeinsam zu investieren, Standards zu setzen und offen, aber selbstbewusst mit globalen Partnern zusammenzuarbeiten.

In diesem Zusammenhang: Welche Schritte setzen Sie in der Verwaltung?

Wir setzen eine breite Palette an Maßnahmen um. Zentral ist der Aufbau einer souveränen digitalen Verwaltungsinfrastruktur. Ich darf ein paar Beispiele zum Verständnis geben: Wir schaffen eine souveräne Cloud-Infrastruktur im BRZ, basierend auf offenen Standards und europäischer Technologie. Durch einen systematischen Einsatz von Open Source erweitern wir unsere Handlungsoptionen. Aber auch Österreichs Förderpolitik kann entscheidend dazu beitragen, technologische Abhängigkeiten zu verringern und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu stärken.

Welche Chancen sehen Sie für Unternehmen und wie lässt sich die Technologieentwicklung in Europa gezielt stärken?

Wir dürfen nicht vergessen, Europa ist der größte Binnenmarkt der Welt. Wir haben das Talent, die Forschung und die Industrie. Wenn wir unsere Kräfte bündeln, können wir weltweit führend sein.

Digitale Souveränität ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wenn wir Abhängigkeiten reduzieren und europäische Technologien stärken, schaffen wir neue Märkte, neue Innovationen und mehr Wettbewerb. Für Unternehmen ergeben sich große Chancen. Durch klare europäische Standards erleichtern wir Planungssicherheit und Marktzugang.

MINT-Initiativen stärken die Technik-Begeisterung

14 neue MINT-Regionen präsentierten ihre Projekte im Haus der Industrie und die IV unterstützte wieder aus der Ukraine geflüchtete High Potentials beim MINT-Studium in Österreich. Eine Studie zeigt die Dringlichkeit: Gerade bei neuen Technologien fehlt es an Fachkräften.

Wie verbindet die Oststeiermark Hip-Hop-Musik mit Elektromobilität? Kann Wien-Favoriten ein neues Standortbranding mit MINT aufbauen? Und lässt sich aus Uhudler ein MINT-Thema für das Südburgenland machen? 14 neu zertifizierte MINT-Regionen präsentierten ihre MINT-Schwerpunkte bunt und dynamisch im Haus der Industrie. Mit der feierlichen Übergabe des MINT-Regionen-Qualitätslabels durch Bundesministerin Eva-Maria Holzleitner, IV-Präsident Georg Knill und MINTality-Vorständin Therese Niss erhöhte sich die Gesamtzahl der MINT-Regionen auf 28 ausgezeichnete Netzwerke mit über 850 Partnerorganisationen, darunter über 200 Unternehmen, die nun gemeinsam die MINT-Bildung in Österreich forcieren.

Die IV unterstützte zudem gemeinsam mit der Initiative Mathematik macht Freude (MmF) der Universität Wien zum dritten Mal mit je 6.000 Euro drei geflüchtete High Potentials aus der Ukraine beim MINT-Studium in Österreich. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten gestalteten praxisnahe Workshops für Jugendliche in Mathematik, Technik, Medizin und Datenanalyse. „Uns ist es eine Herzensangelegenheit, begeisterte und begabte Studierende aus der Ukraine zu fördern, auch weil sich mehr als zwei Drittel der Geflüchteten mit Österreich nachhaltig verbunden fühlen“, betonte Peter Koren, Vizegeneralsekretär der IV, anlässlich der Stipendienverleihung Ende Oktober.

Wie wichtig die MINT-Initiativen der Industrie sind, zeigt auch eine aktuelle IV-Studie: Selbst in der Rezession leiden drei von vier Industrie-Leitbetrieben an Personalproblemen in Technik und Produktion, IT sowie Forschung und Entwicklung – von der Fachkraft mit Lehrausbildung bis zu Universitätsgraduierten. Im besonderen Fokus stehen dabei Schlüsseltechnologien wie künstliche Intelligenz, die künftig umfassende Berücksichtigung in Aus- und Weiterbildung finden müssen.

14 neue MINT-Regionen präsentierten ihre Schwerpunkte.

Die IV fördert begabte Studierende aus der Ukraine.

Fotos: Jakob Glaser, aws, Matanovic/IV

Düstere Stimmung – und einige Lichtblicke

Die Industrie konnte die ersten Zeichen der Erholung aus dem Frühjahr nicht in den Herbst mitnehmen – der Ausblick bleibt vorerst pessimistisch. 2025 gab es aber auch einige Lichtblicke, die für die kommenden Jahre hoffentlich Vorbildwirkung zeigen.

2025 war das Jahr des Hoffens: Hält der Trend der leichten wirtschaftlichen Erholung, der sich im ersten Halbjahr abgezeichnet hat, an? Wird nächstes Jahr Frühlingsstimmung herrschen nach den kalten Jahren der längsten Rezession in der österreichischen Industrie seit dem Zweiten Weltkrieg? Die kurze Antwort ist: Von Aufschwung zu reden wäre jetzt verfrüht. Im Gegenteil: Zur Stagnation gesellt sich eine hartnäckige Inflation, das Resultat heißt Stagflation; mit allen bekannten Folgen: Arbeitsplatzverluste und Realeinkommenseinbußen, budgetärer Stress bei den Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen, Investitionszurückhaltung in Kombination mit einem Innovationsstau. „Wir sollten nicht einer Aufschwungsillusion unterliegen. Viele glauben, dass nach Jahren der Rezession jetzt endlich Besserung eintritt, aber die Realität spricht leider eine andere Sprache“, warnt Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV).

Das Konjunkturbarometer der IV kippt im dritten Quartal von der Nulllinie ausgehend wieder deutlich ins Negative – von plus 1,0 Punkten auf minus 5,7 Zähler. Als Alarmzeichen ist zu werten, dass diese erneute Trendumkehr auf beide Komponenten, also sowohl auf die aktuelle Lageeinschätzung als auch auf die Erwartungen an den Geschäftsverlauf in sechs Monaten, zurückzuführen ist. Die Industrie hat vorerst jede Hoffnung auf einen baldigen Aufschwung aufgegeben. „Was wir derzeit beobachten, ist keine Stabilisierung, sondern ein Stillstand unter verschärften Bedingungen. Die Industrie steht auf der Bremse, während die Kosten weiter steigen; das ist ein klassisches Stagflationsmuster“, sagt IV-Chefökonom Christian Helmenstein. Die EU-Kommission sieht in ihrer Herbstprognose zwar kein weiteres Rezessionsjahr mehr für 2025, wie noch im Frühjahr prognostiziert – jedoch wurde der Ausblick für kommendes Jahr leicht abgesenkt, ein volles Prozent Wachstum wird sich laut Kommission nicht mehr ausgehen, sie rechnet mit 0,9 Prozent Wachstum. Das ist der drittschlechteste Wert der EU-27, nur Irland und Italien schneiden schlechter ab.

Vom eigenen Standort, aber auch vom geopolitischen Umfeld gehen nach wie vor kaum positive Impulse aus. Einzelne Maßnahmen wie das Stromkosten-Ausgleichsgesetz und die Erhöhung des Investitionsfreibetrags weisen in die richtige Richtung, Strukturreformen und Leuchtturm-Initiativen, die geeignet wären, der Erosion der Standortqualität Einhalt zu gebieten und die Investitionsstimmung zu drehen, stehen jedoch weiterhin aus. Neumayer betont: „Die Industrie steckt zwischen Stagnation und Inflation fest. Es ist höchste Zeit, dass die Politik erkennt: Ohne mutige Strukturreformen und eine Ausgabenbremse – die Staatsquote muss wieder unter 50 Prozent –, die beide Vertrauen auf Besserung schaffen, bleibt jeder Aufschwung eine Illusion.“

Geopolitische Belastungen verschärfen die Lage

Der Zollkonflikt zwischen der EU und den USA hat sich deutlich zuungunsten der europäischen Exporteure entwickelt. Zusätzlicher Druck kommt von den starken Exportanstrengungen asiatischer Länder auf dem europäischen Markt. Und auch die neue Euro-Stärke ist nicht hilfreich: Die ohnedies unter Druck stehende preisliche Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Warenexporte in den Dollarraum wird durch die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar um rund acht Prozent binnen eines Jahres verschärft. „Die Kombination aus steigenden Preisen, schwacher Nachfrage und hoher geopolitischer Unsicherheit untergräbt Investitionen und Wachstum. Österreichs Industrie hat den Boden des Tals erreicht, aber noch keinen Weg hinaus gefunden“, fasst Helmenstein zusammen.

Weniger Aufträge sorgen für Produktionsflaute

Die Aufwertung des Euro und das neue Zollregime zwischen EU und USA hat die Auslandsaufträge laut IV-Konjunkturbarometer um elf Punkte einbrechen lassen. Der Indikator liegt nun bei minus drei Punkten. Die österreichische Industrie verliert international weiterhin Marktanteile und tut sich enorm schwer, am globalen Realwachstum – das im Jahr 2025 laut Internationalem Währungsfonds bei 3,2 Prozent liegen soll – zu partizipieren.

Auch die Gesamtauftragsbestände in der Industrie rasselten nach einer Erholung im ersten Halbjahr nun im dritten Quartal wieder in den negativen Bereich. Dieser Indikator ging im IV-Konjunkturbarometer um ganze neun Punkte abwärts auf minus fünf Zähler, was als äußerst negative Nachricht für die Absicherung der inländischen Produktionsstätten zu interpretieren ist.

Bestenfalls setzt sich die Stagnation der Industrieproduktion unverändert fort, eine substanzielle Produktionsausweitung liegt derzeit außer Reichweite. Mit möglichen Impulsen ist frühestens im Frühjahr 2026 zu rechnen. Treiber könnten eine anziehende Nachfrage im inländischen Wohnbau und eine möglicherweise höhere Nachfrage durch Infrastrukturinvestitionen in Deutschland sein.

Geringere Erträge, Stellenabbau hält an

All das schlägt auch auf die Ertragslage der Unternehmen durch. Laut Konjunkturbarometer überwiegt der Anteil der Unternehmen, die eine weitere Verschlechterung ihrer Ertragslage bis in das Jahresauftaktquartal 2026 hinein erwarten.

Die nach wie vor schwierige Lage in der Industrie ist auch für den Arbeitsmarkt keine gute Nachricht – die gedämpften Produktionserwartungen schlagen erheblich auf die Beschäftigungsaussichten durch. Der Beschäftigungssaldo verharrt unverändert auf einem Rezessionsniveau von minus 20 Punkten. Der Stellenabbau in der Industrie hält unvermindert an. Besonders beunruhigend ist der Befund, dass nur jedes achte Unternehmen eine positive Einstellungsneigung aufweist, während weiterhin zugleich jedes dritte Unternehmen angibt, Beschäftigte abbauen zu müssen.

Vier wesentliche Widrigkeiten stehen der Absicherung des Industriestandorts Österreich entgegen: Erstens die Energiekosten, zweitens die Steuer- und Abgabenbelastungen, drittens die bürokratische Überbeanspruchung und viertens die ungünstigen Lohnstückkostendynamiken. „Gegebenenfalls wäre dazu auch noch der Fachkräftemangel zu zählen – aber erst bei einem Aufschwung, der eine solche Bezeichnung auch verdient“, so Helmenstein abschließend.

Fotos: Adobe Stock

Lichtblicke

EU vereinfacht Regulierung

2025 war kein einfaches Jahr für heimische Unternehmen, dennoch gibt es ein paar Lichtblicke. Einer davon sind die von der EU-Kommission auf den Weg gebrachten Omnibus-Pakete, die die überbordende Regulierung eindämmen sollen. So wurden Teile der Nachhaltigkeitsberichterstattung und der Lieferkettenrichtlinie vereinfacht; die Anwendung wurde gelockert, Fristen wurden verlängert. Das jüngste Omnibus-Paket widmet sich der Digital-Regulierung und setzt bei Regeln und Berichterstattung zu Datennutzung, KI und Cybersecurity an.

Herbstliche Lohnverantwortung

Erst nach zwei Rezessionsjahren wurden die Rufe nach Lohnzurückhaltung erhört. Die Herbstlohnrunden starteten 2025 mit dem richtungsweisenden Metaller-KV, der gleich am ersten Verhandlungstag mit plus 1,4 Prozent zu einem Abschluss deutlich unter der Inflation fand. Dies ist ein erster Ansatz, die Lohn-Preis-Spirale zu durchbrechen und so einen Beitrag zu leisten, die Inflation mittelfristig wieder in den Griff zu bekommen.

Unterstützung bei hohen Stromkosten

Im Herbst wurde die Notwendigkeit, die energieintensive Industrie bei den hohen Energiepreisen zu unterstützen, zumindest in einem wichtigen Punkt erhört: Das Stromkosten-Ausgleichsgesetz wurde neu aufgelegt, wenn auch in abgeschwächter Form. Das SAG wird der energieintensiven Industrie zumindest einen Teil der Stromkosten für 2025 und 2026 kompensieren. Ziel muss es sein, die Strompreiskompensation auch in Österreich bis 2030 zu verlängern, denn es handelt sich hierbei um ein Instrument, das die Industrie vor Abwanderung schützt.

Neue Handelsallianzen formen sich

2025 brachte auch große Schritte in Richtung dringend benötigter neuer Handelsallianzen der EU. Die EU-Kommission hat das Mercosur-Abkommen sowie das modernisierte Handelsabkommen mit Mexiko zur Ratifizierung freigegeben. Die Partnerschaft mit Mercosur könnte heuer noch unter Dach und Fach gebracht werden, wenn die Mitgliedsstaaten zustimmen. Das Abkommen sieht vor, dass rund 91 Prozent der Zölle auf EU-Warenexporte in die Mercosur-Staaten schrittweise abgebaut werden. Das könnte für EU-Unternehmen jährliche Einsparungen von bis zu vier Milliarden Euro bringen.

Die Erwerbstätigkeit älterer Frauen steigt

Bereits 1992 wurde die schrittweise Anhebung des Frauenpensionsalters beschlossen, nun beginnt sie zu greifen. Der erste Schritt erfolgte mit Jahresbeginn 2024, ein weiterer mit Anfang 2025 – und prompt zeigt sich, was eine Anhebung des gesetzlichen Antrittsalters bringt: Seit der ersten Erhöhung ist die Beschäftigung von Frauen im Alter von 60 bis 64 Jahren um rund 83 Prozent gestiegen. Natürlich steigt in diesem Fall auch die Arbeitslosigkeit, die positiven Effekte der zusätzlichen Beschäftigung überwiegen aber.

Unter den 100 besten Unis der Welt

Mit der Uni Wien schafft es erstmals eine heimische Universität in die Top 100 des „Times"-Rankings der besten Hochschulen der Welt – und zwar auf Platz 95. Damit gehört die Wiener Uni zu den besten vier Prozent aller gerankten Universitäten. Die Medizin-Uni stieg in die Top 200 auf. Österreich hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 mit zwei Unis in den Top 100 vertreten zu sein. Angeführt wird das Ranking wieder von der Uni Oxford, gefolgt vom MIT.

IV-Diversitätspreis: Vielfalt in der Industrie

Bereits zum zweiten Mal wurde mit dem Diversitätspreis SPEKTRUM das herausragende Engagement österreichischer Industrieunternehmen für gelebte Vielfalt ausgezeichnet.

Unternehmen, die Diversität in all ihren Dimensionen fördern, schaffen nicht nur bessere Arbeitsumfelder, sondern stärken zugleich ihre Innovationskraft, Kreativität und Resilienz“, betonte IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka, Vorstandsvorsitzende der Infineon Technologies Austria AG, die gemeinsam mit Martin Hagleitner, Vorsitzender des IV-Ausschusses für Ressourcen, Energie und Ökologie sowie Vorstandsvorsitzender der Austria Email AG, die Schirmherrschaft über den Preis innehat.

Mit dem Diversitätspreis SPEKTRUM würdigt die Industriellenvereinigung Unternehmen, die Vielfalt als festen Bestandteil ihrer Unternehmenskultur begreifen. „Diversität ist ein entscheidender Faktor für Innovationskraft, Fachkräftesicherung und Zukunftsfähigkeit. Der Preis soll sichtbar machen, wie breit und wirkungsvoll die Industrie hier bereits aufgestellt ist“, so Hagleitner.

Die prämierten Unternehmen überzeugten mit innovativen Konzepten in unterschiedlichen Diversitätsdimensionen. Die unabhängige Jury setzte sich aus Elisa Aichinger (Deloitte), Gregor Demblin (tech2people), Ute Koch (TU Wien), Alexander Loidl (WIFO) und Ali Mahlodji (Unternehmer/Speaker) zusammen. Sie würdigte insbesondere den hohen Innovationsgrad und die nachhaltige Wirkung der eingereichten Initiativen.

Die Industriellenvereinigung gratuliert den Preisträgern des IV-Diversitätspreises SPEKTRUM 2025 und dankt allen teilnehmenden Unternehmen für ihre inspirierenden Beispiele gelebter Vielfalt, die zeigen, wie zukunftsorientiert die Industrie in der Arbeitswelt agiert!

DIE GEWINNER 2025:

- Semperit AG Holding – Kategorie Geschlechtergleichstellung
- ÖBB-Infrastruktur AG – Kategorie Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigung
- Wien Energie GmbH – Kategorie Altersdiversität
- Infineon Technologies Austria AG – Kategorie ethnische Zugehörigkeit

Wien Energie GmbH – Gewinnerin in der Kategorie Altersdiversität.

Semperit AG Holding – Gewinnerin in der Kategorie Geschlechterdiversität.

ÖBB-Infrastruktur AG – Gewinnerin in der Kategorie Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigung.

Infineon Technologies Austria AG – Gewinnerin in der Kategorie ethnische Zugehörigkeit.

Strategie für Logistikstandort

Im Haus der Industrie diskutierte ein hochrangig besetztes Podium aus Wirtschaft und Politik Wege zur Sicherung einer nachhaltigen, innovativen und resilienten Logistik. Infrastrukturminister Peter Hanke kündigte eine Logistikstrategie bis Mitte 2026 an.

Welche Rahmenbedingungen braucht ein zukunftsfähiger Logistikstandort Österreich und welchen Beitrag müssen Politik, Wirtschaft und Infrastrukturbetreiber dazu leisten? Diese Frage stand im Zentrum des High-Level-Roundtables „Zukunft Standort = Zukunft Infrastruktur, Logistik & Güterverkehr“, der gemeinsam mit dem Zentralverband Spedition & Logistik veranstaltet wurde. Im Haus der Industrie diskutierten Verkehrsminister Peter Hanke, Oliver Wagner (Geschäftsführer Zentralverband Spedition & Logistik), Clemens Först (CEO Rail Cargo Group), Hartwig Hufnagl (Vorstandsdirektor ASFINAG), Wolfram Senger-Weiss (Vorsitzender der Geschäftsleitung Gebrüder Weiss) sowie Peter Umundum (Generaldirektor-Stellvertreter Österreichische Post AG).

Die Logistik ist einer der zentralen Motoren der österreichischen Wirtschaft, hielt Christian Helmenstein fest: Mit 191.000 direkt und 250.000 indirekt Beschäftigten, 7,5 Milliarden Euro Steueraufkommen und 21 Milliarden Euro Wertschöpfung (sechs Prozent des BIP) übertrifft sie sogar den Finanzsektor deutlich. Die Mobilitätswende, steigende Kapitalkosten, Fachkräftemangel und zunehmende Regulierungen stellen die Logistik aber vor große Herausforderungen. Österreich hat beste Voraussetzungen, um auch künftig im Bereich Logistik und Infrastruktur zur europäischen Spitze zu zählen – entscheidend wird sein, gemeinsam Maßnahmen für Technologieoffenheit, Planungssicherheit, effiziente Verfahren, eine Senkung der Lohnnebenkosten sowie eine verlässliche Energiepolitik voranzutreiben, betonte Peter Koren, IV-Vize-Generalsekretär.

Strategie für den Logistik-Standort

Infrastrukturminister Peter Hanke kündigte für Anfang 2026 den Start eines Stakeholder-Prozesses an, in dem bis Jahresmitte eine Strategie für den Logistik-Standort erarbeitet werden soll. Der Ausbau der Infrastruktur, ein Fokus auf Innovation und die Förderung von E-Mobilität im industriellen Bereich zählten dabei zu den wesentlichen Aspekten, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts strukturiert zu fördern. Die Industriellenvereinigung wird sich intensiv einbringen, hielt Monika Schuh, Geschäftsführerin des IV-Infrastrukturausschusses, fest.

Die Teilnehmer des Logistik-Roundtables im Haus der Industrie.

SPEED-DATING FÜR INDUSTRIE-EXPERTINNEN

Karen Fanto, neue Vorstandsvorsitzende des „Zukunft.Frauen Alumnae Club“.

Am 6. November war das Haus der Industrie Austragungsort für ein neues Veranstaltungsformat des „Zukunft. Frauen Alumnae Club“ (ZFAC): Im Rahmen eines Aufsichtsrat-Speeddatings konnten sich angehende Aufsichtsrätinnen mit IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka, Vorstandsvorsitzende der Infineon Technologies Austria AG, austauschen. Das positive Feedback der Teilnehmerinnen zeigte deutlich: Das Format trifft durch den direkten, praxisnahen Dialog zwischen Industrie, Aufsichtsgremien und weiblichen Führungskräften einen wichtigen Bedarf.

Gratulation an neuen Vorstand des „Zukunft.Frauen Alumnae Club“

Initiatorin des neuen Formats ist die neu gewählte Vorstandsvorsitzende des „Zukunft.Frauen Alumnae Club“, Karen Fanto. Sie folgt auf Jutta Perfahl-Strilka und möchte in ihrer neuen Funktion noch mehr Frauen den Weg in Aufsichtsratspositionen ebnen. Die international erfahrene Managerin bringt umfassende Führungserfahrung in den ZFAC ein. Die IV gratuliert Karen Fanto herzlich zur neuen Aufgabe und freut sich auf die Zusammenarbeit mit dem ZFAC.

Fotos: IV, Himmelhoch

Die Junge Industrie blickt zurück auf 2025

Ein Jahr voller Begegnungen, Impulse und gemeinsamer Weiterentwicklung.

2025 war für die Junge Industrie ein Jahr voller Austausch und Begegnungen. Auf Bundes- wie auf Landesebene ergaben sich zahlreiche Gelegenheiten, miteinander ins Gespräch zu kommen, neue Perspektiven zu gewinnen und gemeinsam weiterzudenken. Neben diesen persönlichen Momenten entwickelten sich auch die inhaltlichen Schwerpunkte der JI weiter: Die Vielfalt an Formaten, Themen und engagierten Mitgliedern prägte ein Jahr, das durch seine Dynamik und die unterschiedlichen Impulse besonders prägend war.

Der Jahresauftakt stand ganz im Zeichen des traditionellen JI-Skiwochenendes in Niederösterreich, bei dem rund 70 Mitglieder aus ganz Österreich ein Wochenende voller Bewegung, Vernetzung und Einblicke in die betriebliche Praxis verbrachten. Wenige Wochen später folgte die Klausur in Salzburg, zu der heuer auch die Vorstände aller Landesgruppen zusammenkamen. Die intensiven Tage boten Raum, um strategische Schwerpunkte und zentrale Zukunftsthemen zu diskutieren.

Für einige Mitglieder des erweiterten Bundesvorstands ging es im Rahmen einer Delegationsreise außerdem nach Japan. Auf dem Programm standen der Besuch der Expo in Osaka, Gespräche mit der österreichischen Wirtschaftsdelegation in Tokio sowie Betriebsbesichtigungen in Nagano und Himeji. Die Reise verdeutlichte zentrale wirtschaftliche und industrielle Entwicklungen und eröffnete wertvolle Einblicke in internationale Perspektiven.

Der zweite bundesweite Jungunternehmertag fand heuer in Tirol statt und widmete sich ganz dem Thema Innovation. Dabei wurden Bereiche wie Quantentechnologie, künstliche Intelligenz und Cybersecurity näher betrachtet. Vorträge und Workshops vermittelten die Chancen dieser Technologien, ihre Anwendungsmöglichkeiten in Unternehmen sowie die dafür nötigen Kompetenzen.

Im Lauf des Jahres wurde mit „Erfolgsgeflüster“ ein Podcast-Format der Jungen Industrie gestartet: JI-Bundesvorsitzende Julia Aichhorn moderiert gemeinsam mit Sabine Sattler Gespräche mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Medien, Sport, Kunst und Kultur über Führung, Entscheidungswege und den Umgang mit Erfolgen und Niederlagen. Die Gespräche bieten direkte Einblicke in persönliche Strategien und Denkweisen und machen „Speed-Mentoring“ im besten Sinn erlebbar.

Inhaltlich widmete sich die Junge Industrie 2025 dem österreichischen Pensionssystem. Die langfristige Absicherung und die Frage der Generationengerechtigkeit bleiben zentrale Herausforderungen, die vor allem die junge Generation betreffen. Mit klaren Einschätzungen zeigte die JI, warum ein vorausschauender Umgang mit dem System wichtig ist, um Zukunftschancen zu sichern.

Den Abschluss des Jahres bildete die Bundestagung in Kärnten mit dem Motto „Vielfältige Gegensätze“. Die Tage boten eine dichte Mischung aus inhaltlichen Impulsen, Betriebsbesuchen sowie persönlichen Begegnungen und machten die Tagung zu einem stimmigen Ausklang des Jahres.

2025 hat einmal mehr gezeigt, wie wertvoll Austausch und gemeinsames Weiterentwickeln für die Junge Industrie sind. Die Erfahrungen dieses Jahres nehmen wir mit in das kommende Jahr. Danke an alle, die heuer Teil davon waren!

JI-Delegation beim Betriebsbesuch während der Japan-Reise 2025.

V. l. n. r.: Sabine Sattler, Julia Aichhorn und Georg Knill bei der Aufnahme einer Folge des Podcasts „Erfolgsgeflüster“.

Schwungvoll auf der Rennstrecke: Teilnehmer beim traditionellen JI-Skiwochenende am Hochkar.

Auftakt zur Bundestagung 2025 in Kärnten mit den teilnehmenden Mitgliedern.

PODCAST-TIPP

*„Erfolgsgeflüster“ – der Podcast der Jungen Industrie. Jetzt reinhören auf **Spotify** oder **Apple Podcasts!***

WEITERGEHEN – TROTZ ALLEM

Warum Stillstand keine Option ist.

Das Jahr neigt sich dem Ende zu. Es war ein Jahr, das uns viel abverlangt hat; politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Veränderung war überall spürbar, allerdings nicht immer dort, wo wir sie gebraucht hätten. Während über Details diskutiert wurde, bleiben zentrale Reformen weiterhin offen. Ein modernes Bildungssystem, ein attraktiver Kapitalmarkt und eine echte Entlastung für Industrieunternehmen sind dringender denn je. Vieles davon ist längst überfällig, doch die Umsetzung geht nur langsam voran.

Gerade deshalb lohnt sich der Blick darauf, was in der Jungen Industrie in diesem Jahr gelungen ist. Unsere Funktionärinnen und Funktionäre haben trotz schwieriger Rahmenbedingungen Zeit, Energie und Ideen eingebracht. Sie haben gezeigt, dass Engagement Wirkung entfalten kann, selbst wenn rundherum vieles stagniert. Dafür möchte ich mich bedanken!

Noch nie hatten wir so viele Mitglieder wie heute. Unser Netzwerk wächst, wird jünger und vielfältiger. Die Nachfrage nach Austausch, Veranstaltungen und inhaltlicher Diskussion ist so hoch wie seit Langem nicht mehr – das zeigt, dass die Junge Industrie Themen anspricht, die Menschen bewegen und verbinden.

Trotzdem dürfen wir uns nicht zurücklehnen. Der Reformstau belastet unseren Standort und der internationale Wettbewerb nimmt zu. Die Zukunft verlangt Mut, Entschlossenheit und Einsatz, wenn wir den Anschluss nicht verlieren wollen. Veränderung braucht Menschen, die Verantwortung übernehmen, aktiv bleiben und überzeugt daran arbeiten, dass Fortschritt möglich ist.

Danke für euren Einsatz, eure Ausdauer und euren Beitrag zu einem starken und engagierten Netzwerk! Jetzt kurz durchatmen und dann weitergehen – nicht, weil es leicht ist, sondern weil es notwendig bleibt.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Fotos: Matanovic/IV, Junge Industrie, Helge Bauer

Die Industrie und der „religiöse Wahn“

Im Rahmen der Vollversammlung der IV-Wien konnte Präsident Christian C. Pochtler heuer den deutschen Ökonomen Hans-Werner Sinn als Gast begrüßen. Dessen Befund über die Gründe des industriellen Niedergangs in Deutschland und auch Österreich fiel recht eindeutig aus.

In seiner Eröffnungsrede hatte bereits Präsident Pochtler sehr deutlich den aktuellen wirtschaftlichen Zustand in Österreich kritisiert: Nach all den Jahren der Rezession befinde man sich derzeit in einer Stagflation. Der wichtigste Wirtschaftsmotor des Landes, die Industrie, schrumpfe seit Jahren, Beschäftigung und Wertschöpfung seien weiter im Sinkflug. „Nur eines ist in Österreich ungebrochen weitergewachsen: Der öffentliche Sektor“, so Pochtler. Mittlerweile habe der öffentliche Sektor sogar die Industrie als größter Arbeitgeber überholt. Österreich befinde sich damit auf einem Pfad, der alles andere als nachhaltig sei, so der Präsident: „Die staatlichen Ausgaben liegen chronisch um 20 Prozent über den Einnahmen. Wir leisten uns den teuersten Sozialstaat, sind gleichzeitig durch sinkende Produktivität seit 2015 absolutes Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum und der Wettbewerbsfähigkeit.“ Angesichts dessen könnten nur mehr „Leute, die völlig faktenbefreit argumentieren“ behaupten, dieser Kurs sei auch nur irgendwie zu halten. Sowohl in Deutschland als auch in Österreich seien derzeit Regierungen an der Macht, die aus teilweise völlig konträren ideologisch geprägten Parteien bestehen. In Folge sehe man „viel zu oft faule Kompromisse, die gerade in Krisenzeiten eigentlich Stillstand bedeuten“, so Pochtler.

In seiner Eröffnungsrede rief Präsident Pochtler angesichts der schwersten Krise der vergangenen Jahrzehnte zu einem „nationalen Schulterschluss“ auf.

Über 300 Interessierte waren der Einladung der IV-Wien zur Vollversammlung 2025 gefolgt.

Präsident Pochtler mit dem Keynote-Speaker Professor Sinn.

Professor Sinn sprach in seinem Vortrag Klartext – durchaus gewürzt mit einer ordentlichen Prise Humor, trotz des eher ernüchternden Ausblicks.

„Ökosozialismus“

Hans-Werner Sinn begann anschließend seine Keynote mit einer relativ ernüchternden Bestandsaufnahme. Sowohl in Deutschland als auch Österreich habe man in den vergangenen zwanzig Jahren zwei wesentliche Krisen erlebt, sowohl im Zuge der Lehmann-Pleite als auch zu Beginn der Coronapandemie sei es schnell bergab, aber auch relativ schnell wieder bergauf gegangen. 2018 sei es aber davon unabhängig in Deutschland zu einem Trendbruch gekommen, die Industrieproduktion begann zu sinken. Ein Trend der bis heute anhält. So sei die Industrieproduktion seit 2018 in Deutschland um 15 Prozent gesunken, so Sinn. Zum Vergleich: Im gleichen Zeitraum konnte die Schweiz einen Zuwachs von 27 Prozent verzeichnen. Im direkten Vergleich mit Deutschland stehe hier sogar Österreich mit einem Plus von sieben Prozent besser da, „im Vergleich zu Deutschland: Kompliment“, kommentierte Sinn süffisant. Im Kern seien jedenfalls die beiden Leitindustrien Deutschlands am stärksten betroffen, sowohl bei der Automobilindustrie als auch bei der chemischen Industrie betrage der Rückgang satte 22 Prozent. Der Grund: „Ein religiöser Wahn“ habe sich durchgesetzt, nämlich der „Ökosozialismus“, so der Professor deutlich.

Sinn legte im Detail dar, warum aus rein pragmatischer Sicht der Dekarbonisierungspfad, den die Politik vorlegt, also Klimaneutralität bis 2050 oder gar 2040, vollkommen unrealistisch sei. Das sei maximal „durch eine komplette Deindustrialisierung und damit weitverbreitete Armut“ erreichbar. „Wir kasteien uns selbst und machen unsere Industrie kaputt – und erreichen gleichzeitig für das Klima keinen

Fotos: Alexander Müller, Benedikt Loebell

KLARTEXT STATT SONNTAGSREDEN

Zu unserer Vollversammlung hatten wir dieses Mal bewusst den deutschen Ökonomen Hans-Werner Sinn eingeladen. Denn wir wollten uns diesmal mit den hard facts beschäftigen und nicht mit den blumigen Visionen einer klassischen Sonntagsrede.

Wer Hans-Werner Sinn kennt, weiß, Professor Sinn spricht immer Klartext. Seine Analyse zur Krise der Industrie in Deutschland und Österreich war gewohnt deutlich, prägnant und leider ein klarer Beweis für ein politisches Versagen auf ganzer Ebene. Und noch ist kein Ende in Sicht, denn auch weiterhin verspricht die Politik vollmundig, man werde die Klimaneutralität 2050 oder gar 2040 erreichen. Dass das nur mit einer radikalen Deindustrialisierung möglich wäre und damit mit einem massiven Wohlstandverlust für uns alle, das verschweigt man aber lieber. Klimaschutz ist wichtig, keine Frage, aber man muss halt auch realistisch bleiben.

Und vor allem: Derzeit brennt der Hut ganz woanders. Die Politik kriegt das Budgetdefizit nicht in den Griff. Schlimmer noch, im November ist noch immer nicht ganz klar, wie hoch das gesamtstaatliche Defizit jetzt wirklich ist. Das empfinde ich als Armutszeugnis. Dass die bisherigen Anstrengungen der Politik zur Konsolidierung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit nicht ausreichen, das dämmert mittlerweile ohnehin schon vielen. Allerdings ist man sich halt nicht darüber einig, mit welchen Rezepten dem „kranken Mann Europas“, zu dem unser Österreich leider verkommen ist, geholfen werden müsste.

DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit – via E-Mail an **debatte@iv.at**.

Die Transformationsgeschwindigkeiten in verschiedenen Regionen der Welt sind vollkommen unterschiedlich. Aber nirgendwo sehe ich eine derartige Reformverweigerung und Angst vor Veränderung wie in Deutschland und Österreich. Und damit meine ich keineswegs nur die Politik, sondern unsere Gesellschaft insgesamt. Hier bräuchte es Regierende mit Mut zur Führung, die die Bevölkerung mit einer positiven Zukunftserzählung mitnehmen. Beispiele wie Dänemark, Griechenland oder Schweden zeigen, dass das möglich ist.

Der Wunsch nach einem Fürsorgestaat, der einen von der Wiege bis zur Bahre begleitet, ist nicht zu erfüllen. Der Staat kann nicht Provider sondern muss Enabler für ein selbstbestimmtes Leben sein. Natürlich müssen wir als Gesellschaft solidarisch mit den Schwächsten sein, der Sozialstaat ist ja keineswegs per se ein Fehler. Aber der Staat kann eben nicht alle Risiken des Lebens abdecken. Denn die Folgen dieser falschen Politik sehen wir ja bereits jetzt: Die Verschuldung steigt unkontrolliert weiter. Was im Übrigen der Gipfel der Unsolidarität ist, denn all diese Schulden geben wir unseren nächsten Generationen als Rucksack mit.

Wir müssen wieder lernen, dass wir das Geld, das wir so gerne mit beiden Händen verteilen, zuerst auch einmal verdienen müssen. Leistung war immer ein zentraler Baustein der sozialen Marktwirtschaft, wir haben darauf vergessen, Work-Life-Balance lässt grüßen. Als ob ein erfülltes Arbeitsleben mit vielen Chancen und erzielbarem Wohlstand nicht ein wichtiger Bestandteil eines erfüllten Lebens darstellen würde. Als Unternehmer sollten wir hier in unseren Betrieben Vorbilder sein und immer vor Augen führen, dass Work und Life eben keine Gegensätze sind.

Dass in Österreich Mehrarbeit aufgrund unseres Steuer- und Sozialversicherungssystems nicht besonders attraktiv ist, steht auf einem anderen Blatt. Womit wir wieder bei der Politik wären. Als Minimum sollten wir jedenfalls eines fordern: Dass sie uns in diesen schwierigen Zeiten zumindest in Ruhe lässt! Keine neuen Steuern, keine zusätzliche Bürokratie! Zudem sollten wir uns erwarten können, dass sich die Politik aktiv um neue Freihandelsabkommen bemüht – und solche Anstrengungen nicht aus der eingebildeten Angst vor Chlorhühnern und Ähnlichem torpediert.

Auf die Politik können wir als Unternehmer derzeit allerdings nicht warten. Und die Haupteigenschaft des Unternehmers ist ja auch nicht das Klagen und Finger-Pointing sondern Mut, Pragmatismus und die Fähigkeit, selbst in einer Krise zuallererst die Chancen zu sehen. Und diese gibt es sehr wohl. So könnte man natürlich lang und breit beklagen, Europa habe sich beim Thema KI schon wieder von den USA und China abhängen lassen. Das mag beim Thema Plattformen und Rechenzentren ja teils stimmen, aber jedem Unternehmen steht es frei, diese Technologie zu nutzen, um für sich die beste Position zu erlangen. In diesem Sinne schafft KI tatsächlich fast schon ein Level Playing Field, es geht einfach nur darum, wer seine Prozesse und sein Geschäftsmodell schneller und nachhaltiger optimiert.

Hier haben wir es also selbst in der Hand, uns Vorteile im internationalen Wettbewerb zu erarbeiten. Ganz ausgleichen kann das die Nachteile unserer verfehlten Standortpolitik vielleicht nicht, dennoch sollten wir unbedingt darauf achten, bei der Anwendung von KI-Applikationen ganz vorne mit dabei zu sein. Das gilt übrigens nicht nur für uns Unternehmer, auch in der öffentlichen Verwaltung ließe sich mit KI vieles vereinfachen und optimieren. Und wenn wir schon keine großen Reformen schaffen, dann sollten wir zumindest diese Low Hanging Fruits unbedingt pflücken.

Und der Abbau von Bürokratie und Doppelförderungen fallen genauso wenig unter den derzeit gern zitierten „Budgetvorbehalt“, wie etwa eine Vereinheitlichung der Bauordnungen oder eine klare Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern und vieles mehr. Die Politik muss dringend in die Gänge kommen, die angekündigte Industriestrategie muss beispielsweise auch erfüllen, was sie mit ihrem Namen suggeriert. Man wird sehen, was uns da erwartet. Nur Überschriften wären jedenfalls – immerhin befinden wir uns in der schwersten Krise unserer Wirtschaft, unserer öffentlichen Haushalte und auch unseres politischen Systems der vergangenen 40 Jahre – viel zu wenig.

Christian C. Pochtler,
Präsident der IV-Wien

messbaren Effekt“, so Sinn. Dass Europa einseitig versuche, das Klima zu retten, etwa über „Verbrenner-Verbote“, sei absurd. Andere Länder würden das, was wir an CO2 einsparen, mehr als nur kompensieren. Der Verbrauch verschiebe sich nur, für das Weltklima sei die Auswirkung damit eben nicht einmal vorhanden, so Sinn, der daher auch von der „erzwungenen Deindustrialisierung“ sprach. Der deutsche Ökonom gab schließlich auch noch Hinweise, was man tun könne, um wieder mehr Wachstum zu erreichen. In Österreich wie auch in Deutschland werde einmal schlicht zu wenig gearbeitet, die Abschaffung von Feiertagen, eine Anhebung des Pensionsantrittsalters oder auch die Einführung eines Selbstbehalts bei Krankheit, nur für den ersten Tag, könnten hier positive Impulse geben. Beim Thema Zuwanderung schlug Sinn eine verzögerte Integration in das Sozialsystem vor, damit könne man den größten Pull-Faktor für die Zuwanderung mit einem Schlag beseitigen.

Im internen Teil der Vollversammlung berichteten Präsident Christian C. Pochtler und Geschäftsführer Johannes Höhrhan über das vergangene Vereinsjahr.

In der Vorstandssitzung vor der Vollversammlung hatte IV-Generalsekretär Christoph Neumayer berichtet, an welchen standortpolitischen Maßnahmen die Bundesregierung derzeit arbeite.

Fotos: Noll, Alexander Müller, Benedikt Loebell

„Die Karten werden neu gemischt“

Angesichts der erratischen Zollpolitik der US-Administration will Europa neue Exportmärkte erschließen. Eine Diskussion aus der Veranstaltungsserie „Global Spotlight“, gemeinsam organisiert von Bundes-IV und IV-Wien, beleuchtete Anfang November daher „Die Zukunft des globalen Handels“.

Österreich habe sich selbstverschuldet aus vielen Märkten gepreist, so der Präsident der IV-Wien, Christian C. Pochtler, in seiner Begrüßungsrede im Haus der Industrie. Hinzu komme seit Anfang des Jahres die unvorhersehbare Zollpolitik des amerikanischen Präsidenten Donald Trump. In Summe „beschäftigt uns von den multiplen wirtschaftlichen Krisen die Neuordnung des globalen Handels am meisten“, so der Präsident: „Die Karten werden neu gemischt“. Die „good news“ seien, dass drei Viertel der Menschen außerhalb der USA, Europas und Chinas leben, so der Präsident weiter. Hier habe man in der Vergangenheit zu wenig getan. Dabei gäbe es ausreichend gute Beispiele, wie gut Handelsabkommen wirken. So seien die Exporte nach Südkorea, seit dem Inkrafttreten des Handelsabkommens der EU mit dem Land im Jahr 2011, um 70 Prozent gestiegen. CETA, das Abkommen mit Kanada, das seit 2017 in Kraft ist, hat die Exporte um 60 Prozent gesteigert. Es brauche daher weitere Abkommen, und man dürfe vor allem nicht zulassen, „dass kleine Minderheiten gegen den Willen der Mehrheit Freihandelsabkommen blockieren“, wie etwa bei TTIP oder Mercosur, so der Präsident.

Unsicherheit als Grundprinzip

In der anschließenden Diskussion bat Moderator Christian Ultsch (Die Presse) zuerst den WIFO-Ökonomen und WU-Professor Harald Oberhofer um seine aktuelle Einschätzung. „Das alles beherrschende Schlagwort lautet aktuell: Unsicherheit“, fasste dieser zusammen, US-Präsident Donald J. Trump verwende Zölle in sehr unvorhersehbarer Weise, so Oberhofer etwa mit dem Verweis auf Zollerhöhungen für Kanada aufgrund eines Werbevideos einer kanadischen Region, das Trump missfallen hatte. Aufgrund der aktuellen Unsicherheit würden viele Unternehmen derzeit sehr abwartend agieren, führte auch der Vorstand der Oesterreichischen Kontrollbank (OeKB), Helmut Bernkopf aus. In den USA selbst sei die Stimmung in der Wirtschaft seiner Meinung nach überraschend gut, auch wenn das bisher nicht von einem Revival der Industrie getragen sei, eigentlich ja eines der Ziele der Trumpschen Zollpolitik. In ihrem Eingangsstatement betonte die Vorstandsvorsitzende der Salzburger Aluminium AG, Karin Exner-Wöhrer, wie wichtig es derzeit sei, zu differenzieren. Manche Unternehmen seien nicht direkt betroffen, unter anderem auch ihres. „Zudem hat Österreich sehr viele Hidden Champions, auch denen geht es trotz der Umstände oft noch gut“, so die Unternehmerin. Von „Kaffeesudlesen“, wenn man versuche die derzeitige Situation zu analysieren, sprach schließlich Veit Dengler, der außenpolitische Sprecher der NEOS, da „alles von der Tagesverfassung von Trump abhängig“ sei. Man müsse also für mindestens ein weiteres Jahr, bis zu den Mid-Term-Wahlen in den USA, mit einer „Achterbahnfahrt“ rechnen.

Weitere Themen, die diskutiert wurden, betrafen unter anderem Rohstoffe im Allgemeinen, bzw. vor allem seltene Erden. Diese seien gar nicht so selten, wie Dengler etwa ausführte, nur „wir wollten das ‚schmutzige Geschäft‘ nicht bei uns in Europa“, das räche sich nun. Auch Exner-Wöhrer betonte, dass die EU gar nicht so rohstoffarm sei, wir aber eben zu wenig in den Abbau investiert hätten. Oberhofer wies zudem darauf hin, dass die EU auch insgesamt einfach zu langsam reagiere – während Trump sozusagen über Nacht alles umwerfen könne, was vorher vielleicht gegolten hatte. So sei auch das Abkommen der EU mit den USA sicher kein wirksamer Schutz vor neuerlichen Änderungen bei den Zöllen. Umso mehr sei es für Europa daher entscheidend, bei den Absatzmärkten stärker zu differenzieren, so Bernkopf. Mit 65 Prozent gehe der Großteil unserer Exporte in die EU, da schlummere also viel Potenzial. Bei Handelskonflikten, ob nun mit den USA oder China, müsse die EU zudem stärker auf Reziprozität achten. Es gehe nicht an, dass sich Europa versuche an alle Regeln zu halten, China aber meist weniger. Überhaupt sei die EU „zu langsam und zu wenig strategisch“, so abschließend Oberhofer. Hier müsse sich dringend etwas ändern.

SICHER UNTERWEGS

Das Zusammenspiel aus moderner gepanzerter Rad- und Kettenfahrzeugtechnik sowie modularen und hochmobilen Systemlösungen wurde der JI-Wien bei einer Besichtigung bei GDELS-Steyr eindrucksvoll demonstriert.

Die Mitglieder der Jungen Industrie Wien hatten Mitte November die Gelegenheit, bei einer exklusiven Betriebsbesichtigung einen Einblick in die Welt von General Dynamics European Land Systems-Steyr zu erhalten, einem führenden Unternehmen im Bereich gepanzerter Radfahrzeuge und moderner Systemintegration. Die Teilnehmer erhielten eine spannende Unternehmensvorstellung durch Managing Director Martin Reischer, der einen Überblick über die Geschichte, die strategische Ausrichtung sowie die internationalen Projekte des Unternehmens gab. Dabei standen Innovation und Zuverlässigkeit klar im Mittelpunkt. Im Anschluss folgten Führungen durch die zentralen Bereiche des Betriebs: von der Service- und Montageabteilung über die hochspezialisierte Schweißerei bis hin zum Motorenbau. Unsere Mitglieder bekamen aus erster Hand erklärt, wie komplexe Fahrzeugkomponenten entstehen, getestet und zu einsatzfähigen Gesamtsystemen zusammengeführt werden. Außerdem durften die Teilnehmer die Leistungsfähigkeit und Präzision der Fahrzeuge bei einer Probefahrt hautnah erleben. Die JI-Wien bedankt sich recht herzlich bei Martin Reischer (VP GDELS & MD GDELS-Steyr), Michael Mock (Senior Manager International Business & Services), Thomas Strasser (Director International Business & Services) sowie dem gesamten Team vor Ort für die Zeit und großartige Führung.

BUCHTIPP:

WIE WIR LEBEN WOLLEN. VISIONEN FÜR EINE BESSERE WELT

Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Politik zeichnen ein zuversichtliches Bild von Österreich, wie es in 10 Jahren aussehen könnte. Die Bandbreite der Themen reicht von Gesundheit, Klima und Wirtschaft bis zu Jugend, Migration und Integration. Herausgegeben von Christian Friesl, Edith Meinhart und Regina Polak. Weitere Autorinnen und Autoren sind u.a. Holger Bonin, Kenan Güngör, Paulus Hochgatterer, Othmar Karas, Judith Kohlenberger, Johannes Kopf, Maria K. Moser, Christoph Neumayer. Soeben erschienen im Verlag edition a. Erhältlich online und im Buchhandel.

Fotos: Tom Matanovic, HBF/Trippolt